



<b>STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag</b>  KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	<b>2019/1194</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez.1</b>
<b>Fraktionsfinanzierung - Personalkostenbudget</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>19.11.2019</b>	<b>19.1</b>	<b>x</b>	

**Kurzfassung**

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	491.000		491.000 EUR (regelmäßig steigend durch Kopplung des Personalbudgets an TVöD)	
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Die vorgeschlagene Änderung würde Stand heute den jährlichen Aufwand für die Geschäftsführung des Gemeinderates um rund 491.000 EUR auf 1,87 Mio. EUR erhöhen. Diese gewünschte Steigerung um 35 % ist nicht nachvollziehbar. Zu Beginn der Amtsperiode des vorherigen Gemeinderates wurde bereits eine Erhöhung des Budgets für die Fraktionen und fraktionslosen Mitglieder des Gemeinderates um 80 % vorgenommen und durch Satzungsbeschluss verankert.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.